6. Staatsreform: Übertragung der Zuständigkeit für das Kindergeld am 01. Juni 2014

Nächste Schritte

2014

- Ab dem 1. Juli 2014 wird die „ONAFTS" (Office national des allocations familiales des travailleurs salariés) aufgrund der Vereinheitlichung und der neuen Zuständigkeit für Arbeitnehmer und Selbstständige umbenannt in „FAMIFED" (Föderale Agentur für Kindergeld). An diesem Tag tritt auch das neue Einheitsgesetz in Kraft
- Abschluss der Verhandlungen zwischen den Kindergeldkassen der Arbeitnehmer und der Kassen der Selbstständigen bzgl. der Bedingungen der Übernahme der Akten.
- Abschluss der Verhandlungen bzgl. eines „vertikalen" Protokolls zu haushaltstechnischen Fragen
- Eintragung der Mittel im Haushaltsentwurf 2015

Ab 2015 :

- Mögliche Gesetzesänderungen aufgrund von Entscheiden des Verfassungsgerichtshofs (alternierende Beherbergung von Kindern in Trennungssituationen, Kindergeld für nicht entschädigte Arbeitslose)
- Mögliche Gesetzesänderungen auf Anfrage (Erhöhung des Plafonds für die Entschädigung von Lehrlingen, Kindergeld für Schüler in einem fakultativen Praktikum)
- Mögliche Gesetzesänderung aufgrund von Entscheiden des Europäischen Gerichtshofs (Waisenkindergeld für in Belgien lebende Kinder von Eltern, die im Ausland gearbeitet haben)
- Ggf. Änderung der Delegation an den Generaldirektor der Sozialen Sicherheit für Entscheide bezgl. der Gewährung oder Ablehnung von Kindergeld im Rahmen von individuellen Abweichungen. Die Delegation besteht im Rahmen des Protokolls bis zum 31.12.2015.
- Familienkataster wird derzeit durch die FAMIFED zentral verwaltet und wird mit der Übernahme der Akten der Selbständigen und des öffentlichen Sektors alle Kindergeldzahlungen enthalten. Solange ein Kooperationsabkommen keinen andere Orientierung festlegt, wird dieses Kataster weiter durch die FAMIFED verwaltet.
- Auf Grundlage der Erkenntnisse des Berichtes der „AG Familienzulagen" der DG, Fortführung der Arbeiten zu möglichen Reformen des Kindergeldsystems in der DG unter Einbeziehung aller betroffenen Partnern. Jede Reform muss gründlich vorbereitet und die jeweiligen Auswirkungen auf die Familien vorab geprüft werden. In welcher Form diese Arbeiten vorgenommen werden ist noch nicht entschieden.